

3000 Bern 23, Postfach 64
31. Oktober 1974

J A H R G A N G 1974 Nr. 36

Zur Abstimmung vom 8. Dezember über die Krankenversicherung Initiative weit besser als Gegenvorschlag	499
ASKIO unterstützt Krankenversicherungsinitiative	501
Defizit 594 Mio - Gesamtvorschlag 843 Mio Der Bund in Finanznot	502
Grütli-Krankenkasse reagierte sauer	503
VBLA-Kongress Sorgen wegen Betriebsschliessungen	504
Bestand der ausländischen Arbeitskräfte Ende August 1974 Starker Rückgang bei den Saisonarbeitern - mehr Grenzgänger	506
Kapitalistenrezept: Mitdenken statt mitbestimmen!	507
Auf dem Index Skandalöse Vorgänge um einen Quellenband zur Geschichte der Arbeiterbewegung	508
Kapitäne der Strasse und Gewerkschaft	509
Zürcher Lithographen wollen leitungsfähigen Streikfonds Entrüstung bei den Lithographen	510
Satus 100 Jahre jung und aktiv	511
Mitgliederrekord in Oesterreich	512

Redaktion: Dr. Ferdinand Troxler, Arnold Isler

Zur Abstimmung vom 8. Dezember über die Krankenversicherung

Initiative weit besser als Gegenvorschlag

(gk) Eine Volksabstimmung steht bevor, die den Einsatz aller sozial denkenden Menschen erfordert. Es geht um nichts Geringeres als um die Entscheidung, ob eine wirklich soziale Krankenversicherung entstehen soll oder, einmal mehr, eine halbe Lösung mit schwerwiegenden Mängeln.

Was die Versicherungsleistungen anbelangt, sind die Unterschiede zwischen der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Verfassungsinitiative und dem Gegenvorschlag des eidgenössischen Parlamentes nicht sehr gross. Immerhin fällt ins Gewicht, dass gemäss Initiative auch alle Zahnbehandlungskosten, soweit sie notwendig und zweckmässig sind (das Nähere regelt das Gesetz), versichert werden, während sich der Gegenvorschlag bloss auf bestimmte zahnärztliche Massnahmen, wie kieferchirurgische Eingriffe und Behandlungen der Mundhöhle, beschränkt. Wie wichtig der volle Versicherungsschutz ist, kann jeder ermessen, der schon saftige Zahnarztrechnungen zu berappen hatte.

Die grossen Vorzüge der Initiative liegen aber vor allem im allgemeinen Bundesobligatorium und in einem neuen, sozialen Finanzierungssystem wie bei der AHV.

Das allgemeine Bundesobligatorium

In zwei Kantonen gibt es bereits ein Krankenversicherungs-Obligatorium auf Gemeindeebene, und in weiteren Kantonen bestehen verschiedene Teil-Obligatarien. Die Gegner der Initiative führen an, dass sich trotz des fehlenden Bundesobligatoriums 90 Prozent der Bevölkerung gegen Krankheit versichert haben. Abgesehen davon, dass von diesen 90 Prozent bei weitem nicht jedermann ausreichend versichert ist, machen die fehlenden 10 Prozent immerhin 640'000 Personen aus. Es sind oft gerade die wirtschaftlich Schwächsten, die wegen der jetzigen hohen Prämienlast nicht versichert sind. Nicht umsonst sind mehr als die Hälfte aller Fürsorgefälle in unserem Land auf Krankheit zurückzuführen!

Von entscheidender Bedeutung ist, dass ohne umfassendes Bundesobligatorium einige der schwerwiegendsten Mängel des heutigen Versicherungssystems nicht ausgemerzt werden. Es sind dies: die Versicherungsvorbehalte, die Altersgrenzen und die sogenannt "risikogerechten" Prämien.

* Versicherungsvorbehalte

werden dann gemacht, wenn jemand beim Eintritt in die Krankenversicherung bereits gesundheitliche Schäden hat. Beispiel: Eine Frau hat Krampfadern. Muss sie sich deswegen einer Operation unterziehen, so bezahlt die Krankenkasse während einer bestimmten Anzahl Jahre seit Versicherungseintritt nichts. Versicherungsvorbehalte kommen aber auch dann zur Anwendung, wenn sich jemand höher versichern möchte, um etwa den gestiegenen Spitalkosten besser gerecht zu werden. Bei diesen Höherversicherungen werden meistens Krankheiten, worunter eine Person bereits leidet, ausgenommen. Die entsprechende Versicherungsleistung fehlt dann gerade dort, wo sie

notwendig wäre, weil vielleicht eine Operation erfolgen muss. Auch die Anpassung des Taggeldes an die Lohnentwicklung kann verweigert oder mit Vorbehalt versehen werden, da das Gesetz nur eine minimale Taggeldleistung von Fr. 2.-- vorschreibt.

* Die Altersgrenze

zur Aufnahme in eine Kasse liegt nach heutiger Gesetzgebung bei 60 Jahren. Die Gegner des Obligatoriums sagen nun, es gäbe genügend Kassen, die auf freiwilliger Basis auch über 60jährige aufnehmen. Wie aber sieht die Praxis aus? Eine ostschweizerische Krankenkasse zum Beispiel fordert eine Monatsprämie von Fr. 64.-- und zusätzlich eine rückwirkende Einkaufssumme auf das 60. Altersjahr. Ist jemand 65jährig, so beträgt die Einkaufssumme Fr. 3'840.--. Eine andere, gesamtschweizerische Krankenkasse verlangt bei Aufnahme von über 60Jährigen eine Monatsprämie von etwa Fr. 30.-- (abgestuft nach Regionen). Die Leistungen beginnen aber erst zu laufen, wenn der oder die Versicherte innerhalb von zusammenhängenden 720 Tagen die ersten 2'000 bis 4'000 Franken (je nach finanziellen Verhältnissen) für Arztrechnungen selbst getragen hat. Beide Kassen behalten sich selbstverständlich auch vor, Betagte abzuweisen, die ein zu grosses finanzielles Risiko sind.

* "Risikogerechte" Prämien

Eine lückenhafte Versicherung, wie dies ohne Obligatorium der Fall ist, muss zur Finanzierung das sogenannte individuelle Äquivalenzprinzip zur Anwendung bringen, d.h. sie muss jede Person - Mann, Frau, Kinder - einzeln mit einer Prämie belasten, die risikogerecht bemessen ist. Dies um zu vermeiden, dass die sogenannten guten Risiken - ledige Männer und junge Frauen - der allgemeinen Risikogemeinschaft ausweichen und eigene Versicherungsgemeinschaften gebildet werden. Damit aber wird eine soziale Prämiengestaltung unmöglich. Mit andern Worten: Es gibt keinen Lastenausgleich zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen, zwischen Ledigen und Familien oder zwischen Jungen und Betagten, wie wir ihn sonst in jeder Sozialversicherung kennen. Beeinträchtigt wird auch die Freizügigkeit unter den Versicherungsträgern. Beispiel: Ein Arbeitnehmer ist bei einer Betriebskrankenkasse versichert. Infolge Stellenwechsel muss er auch die Krankenkasse verlassen und sich einer neuen Kasse anschliessen. In der alten Kasse hatte er die Prämie eines 20Jährigen zu bezahlen, da er mit diesem Alter der Kasse beitrat. Nunmehr ist er 45 Jahre alt. Die neue Kasse verlangt deshalb die Prämie eines 45Jährigen (bei Eintritt), d.h. sie kann bis zum Doppelten der früheren Prämie ausmachen.

Die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Krankenversicherungsinitiative räumt mit all diesen Mängeln auf. Sie kann es, weil sie von allen eine gerechte Prämie erhebt, dann aber auch allen den vollen Schutz zukommen lässt.

Der Gegenvorschlag hingegen bleibt im Bereich der Krankenpflegeversicherung wegen des fehlenden Obligatoriums den aufgezeigten Mängeln verhaftet. Es würde nach wie vor Versicherungsvorbehalte, Altersgrenzen und einen unbefriedigenden sozialen Ausgleich geben.

Finanzierung

Gemäss Initiative kommt eine Finanzierung wie bei der AHV zur Anwendung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge in Prozenten des Lohn- einkommens sowie Subventionen). Beim Gegenvorschlag hingegen würde ein Teil über individuelle Pro-Kopf-Prämien finanziert, was unsoziale Auswirkungen hätte.

Modellrechnungen aufgrund der Kostenschätzungen des Bundesamtes für Sozialversicherung haben ergeben, dass untere und mittlere Einkommens- bezüger mit dem Finanzierungssystem der Initiative bedeutend günstiger fahren als mit jenem des Gegenvorschlages.

Ein Verheirateter mit zwei Kindern müsste z.B. gemäss Initiative bei einem Einkommen von Fr. 15'000.-- für die Krankenpflegeversicherung pro Jahr Fr. 633.-- bezahlen; beim Gegenvorschlag wären es Fr. 1355.--. Bei Fr. 25'000.-- Einkommen käme die Prämie auf Fr. 883.-- gegenüber Fr. 1'505.--; bei Fr. 40'000.-- wären es Fr. 1'258.-- gegenüber Fr. 1'730.--. Selbst bei einem Einkommen von Fr. 60'000 fährt ein Familienvater mit der Initiative noch etwas besser. Für Ledige ist dies bis zu einem Einkommen von Fr. 35'000.-- der Fall.

Für die grosse Mehrheit der Stimmberechtigten kann also am 8. Dezember ein sachlicher Entscheid nur lauten:

Initiative: J A
Gegenvorschlag: N E I N

Ferdinand Troxler

ASKIO unterstützt Krankenversicherungsinitiative

(Mitg.) Die Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Kranken- und Invaliden-Selbsthilfe-Organisationen (ASKIO) hat sich immer wieder mit der für Invalide unbefriedigenden Lösung der Krankenversicherung befasst.

Sie hat bezüglich der Revisionsvorlagen, die am 8. Dezember 1974 zur Abstimmung kommen, verschiedene Anliegen, die am besten in der Volksinitiative der Sozialdemokratischen Partei erfüllt werden.

Die ASKIO empfiehlt deshalb einstimmig Zustimmung zur Volksinitiative. Insbesondere auch, weil allein über das Obligatorium die Abschaffung der unsozialen Vorbehalte für Behinderte möglich ist.

gk

Defizit 594 Mio - Gesamtvoranschlag 843 MioDer Bund in Finanznot

(gk) Die Botschaft über den Voranschlag 1975 hat einen reichlich pessimistischen Tenor. Zum erstenmal seit 22 Jahren weist nicht nur die Finanzrechnung, sondern auch die Kapitalrechnung ein Defizit auf. Das heisst, dass die Verschuldung des Bundes, die sich bisher jedes Jahr vermindert hat, wieder zunimmt, und das in einem Moment, wo der Bund enorm hohe Zinsen bezahlen müsste, wenn er sich verschuldet, was das Budget in Zukunft noch mehr verschlechtern würde.

Die Botschaft sagt an verschiedenen Stellen: Ohne die beantragten Mehreinnahmen wäre das Budget, wie es der Bundesversammlung vorgelegt wird, "nicht realisierbar". "Ohne die zusätzlichen Einnahmen wäre der Bund gar nicht in der Lage, die ihm übertragenen Aufgaben in ausreichendem Masse zu erfüllen."

Dabei hat sich der Bundesrat grösste Mühe gegeben, alle erdenklichen Einsparungen zu erzielen. So sei er namentlich bei Bauten an die untere Grenze des zulässigen gegangen; aber wenn die beantragten Mehreinnahmen abgelehnt würden, müssten noch weit rigorosere Einschränkungen vorgenommen werden.

Dazu kommen die Sorgen um die Tresorerie. Der Bund hat nämlich keine Reserven mehr. Er müsste alle Mehrausgaben über den Kapitalmarkt finanzieren.

Budget ist konjunkturwidrig

In konjunktureller Hinsicht entspricht das Budget auch nicht den Richtlinien, die der Bund mit den Kantonen vereinbart hat, wonach das Defizit auf keinen Fall grösser werden soll als das letztjährige.

Die Verschlechterung ist zum grossen Teil darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben etwa doppelt so rasch anstiegen als die Einnahmen. Die hauptsächlichsten Ursachen sind: Die Tabakbesteuerung brachte trotz einer Erhöhung weniger ein, eine Folge der verminderten Ausfuhr; die Einnahmen aus der Warenumsatzsteuer steigen weniger rasch als erwartet, weil die Bauten zurückgehen; auch die Treibstoffzolleinnahmen sind zurückgegangen, da die Automobilisten offenbar doch Einsparungen vornehmen.

Die grössten Ausgabenvermehrungen

Wenn wir vergleichen mit der Rechnung 1973 und mit dem Voranschlag für das laufende Jahr, so ergeben sich folgende Mehraufwendungen in Mio Franken:

	1973	1974
Bundesbeiträge	+1242	+655
Bundeseigene Sozialwerke	+ 498	+415
Behörden, Personal	+ 311	+230

Unter den Bundesbeiträgen sind wiederum diejenigen für die Landwirtschaft am stärksten gestiegen; aber auch die Krankenversicherung erfordert 216 Mio Fr. mehr als 1973 und 111 Mio Fr. mehr als im

laufenden Jahr. Bedeutend vermehrt haben sich auch die Beiträge an Forschung und Kultur, nämlich um 239 bzw. 151 Mio Fr. gegenüber den Vergleichszahlen des Vorjahres und des laufenden Jahres.

Vorzeitige Aufnahme ins Budget

Entgegen der bisherigen Gepflogenheit, dass die noch nicht gesetzmässig festgelegten Einnahmen noch nicht ins Budget aufgenommen werden, hat der Bundesrat das vom Parlament beschlossene Finanzpaket, das am 8. Dezember noch die Volksabstimmung passieren muss, schon im Budget berücksichtigt, da es sonst direkt unglaublich ausgesehen hätte. Er betonte aber nochmals, dass bei Ablehnung der beantragten Steuererhöhungen eine ausserordentlich prekäre Lage entstehen würde.

Max Weber

Grütli-Krankenkasse reagierte sauer

(tr) In einem Kurzkommentar hat "TW"-Chefredaktor Richard Müller die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Grütli-Krankenkasse wegen ihrer unverständlichen Haltung gegenüber der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Krankenversicherungsinitiative nicht gerade sanft angeprangert. Die Gewerkschaftskorrespondenz übernahm diesen Kommentar. Dagegen hat nun die Grütli unter dem Titel "Kopfjägerei" reagiert, weil unter anderem stand: "Die Grütli-Krankenversicherung kümmert sich auch keinen Deut um die Meinung ihrer Mitglieder. Autoritär bestimmt ihr Chef, Dr. K. Boner, was seinen Schäfchen frommt und was nicht. Kein Hauch von sozialer Verantwortung ist dabei zu verspüren. Die Prämien nach dem heutigen Pro-Kopf-System belasten die kleinen Einkommen unangemessen. Dr. Boner merkt davon nichts. Ein Anti-Grütlianer an der Spitze der Grütli-Krankenkasse."

Die Grütli erklärt nun in ihrer Replik, dass es sich beim Beschluss zur 2 x Nein-Parole nicht um einen Alleingang von Dr. Boner handle, sondern um die einstimmige Parole des Verwaltungsrates, dessen Präsident übrigens der Sozialdemokratischen Partei angehöre. Dazu ist folgendes zu sagen: Richard Müller hat in seiner Attacke Dr. Boner nur beiläufig erwähnt, seine Kritik richtete sich im wesentlichen durchaus gegen den Beschluss der Kasse bzw. ihres Verwaltungsrates. Wenn nun dieser Verwaltungsrat sogar von einem "Sozialdemokrat" präsiidiert wird, macht dies die Sache um keinen Deut besser. Immerhin fällt auf, dass Verwaltungsratspräsident Hans Tempelmann - im Gegensatz zu einer Reihe von Grütli-Verwaltungsräten und Grütli-Generaldirektor Boner - dem "Schweizerischen Komitee für den Ausbau einer (sogenannt, tr) sozial gerechten Krankenversicherung ohne Lohnprozente" nicht angehört. Ein Komitee, das Initiative und Gegenvorschlag bekämpft.

Die Kritik der Grütli an der Initiative liesse sich ohne weiteres hinnehmen, wenn sie einigermaßen stichhaltig und realistisch wäre. Dem ist aber leider nicht so. Wir werden auf die Argumente noch eingehen.

gk

VBLA-Kongress

Sorgen wegen Betriebsschliessungen

(ai) Die Sorge um die Entwicklung in den von ihnen gewerkschaftlich betreuten Branchen kam am Kongress des Verbandes der Bekleidungs-, Leder- und Ausrüstungsarbeitnehmer der Schweiz (VBLA) in Lugano immer wieder zum Vorschein. Zentralpräsident Gottfried Eichenberger, der mit seinem Team für vier weitere Jahre im Amt bestätigt wurde, leitete die Verhandlungen, die mit der einmütigen Verabschiedung eines Zwölf-Punkte-Programmes zu Ende gingen.

Zu den Kernpunkten des Tätigkeitsprogrammes für die kommenden vier Jahre gehören das Verlangen nach Sicherung der Vollbeschäftigung sowie die Forderung nach vertraglicher Verankerung von Grundsätzen zur Behebung oder Milderung der Folgen für die Arbeitnehmer und ihre Familien bei Betriebsschliessungen und Betriebsumstellungen.

Wie wichtig diese Probleme für den VBLA sind, der mit rund 5500 Mitgliedern Vertragsarbeit für 70'000 Arbeitnehmer in den verschiedenen Branchen leistet, geht aus dem Vierjahresbericht hervor, wo im Kapitel Betriebsschliessungen dargetan wird, dass in den Jahren 1970 bis und mit 1973 in der Bekleidungs-, Wäsche-, Schuh- und Bettwarenindustrie 150 Betriebe geschlossen wurden. In der Schuhindustrie allein waren es zehn Betriebe mit 1100 Arbeitnehmern. Während einige Schliessungen strukturell bedingt waren, lagen in andern Fällen die Verantwortlichkeiten klar zutage. So etwa im Fall der ehemaligen Schuhfabrik Henke in Stein am Rhein, zu dem der VBLA-Tätigkeitsbericht klipp und klar feststellt: "Die Firma wurde durch liederliche Betriebsführung, ganz besonders im kaufmännischen Sektor, und zum Teil schlecht qualifizierte Vorgesetzte in der Produktionsabteilung zum Sterben verurteilt."

Das Kapitel Betriebsschliessungen im VBLA-Bericht sollte eigentlich zur Pflichtlektüre für alle Unorganisierten, für Arbeitgeber und Politiker erklärt werden, sagte

Bundesrat Willi Ritschard,

der zusammen mit seiner Gattin nach Lugano gekommen war, weil er alte Freundschaften - so mit VBLA-Zentralpräsident Eichenberger - schätze, und weil er andererseits zur Schuhindustrie eine enge Beziehung habe. Sein Vater sei Schuhmacher gewesen, allerdings ein "Roter", was dem Geschäft nicht gut getan habe, und seine Frau habe früher in einer Schuhfabrik gearbeitet. Und das, seine Frau, sei das Beste und Dauerhafteste, was er je aus einer Schuhfabrik bezogen habe, meinte Ritschard und hatte sich so die Aufmerksamkeit und Zuneigung der Gewerkschafter gesichert, die das Treuebekenntnis von Willi Ritschard zu ihnen sehr wohl zu schätzen wissen.

Hinter all den Zahlen bei Betriebsschliessungen, fuhr Bundesrat Ritschard fort, stecken Menschen und Schicksale. Geprellt seien immer die Arbeitnehmer, die jahrelang pflichtbewusst ihre Arbeit gemacht hätten. Natürlich könne man nicht einfach schimpfen über die Strukturänderungen. Solche müssten sein; Erstarrung wäre da kein Fortschritt. Es gehe aber nicht, bei Betriebsschliessungen allein wirtschaftlich zu denken. Der Arbeitnehmer habe Anspruch darauf, dass zuerst, bevor

der Betrieb geschlossen wird, über sein Schicksal gesprochen werde. Wörtlich sagte Ritschard weiter: "Ein Betrieb oder ein Unternehmer, der eine Betriebsschliessung nicht zusammen mit seinen Arbeitern entscheidet, der das über die Köpfe seiner Angestellten hinweg macht, handelt nicht nur unmenschlich, er handelt auch nicht wirtschaftlich. Er züchtet die Feinde der Wirtschaft, und eigentlich müssten die übrigen Arbeitgeber auf solche Unternehmer genau so eine grosse Wut haben, wie die Betroffenen und ihre Familien, die in der Zeitung lesen müssen, dass ihre Fabrik aus dem letzten Loch pfeift."

Im Zusammenhang mit den Betriebsschliessungen kam Ritschard auch auf die Mitbestimmung zu sprechen. Es sei schade, dass man im Eidgenössischen Parlament das Angebot der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung gebodigt und zur Farce gemacht habe. Die Mitbestimmung sei nicht eine Forderung der Arbeitnehmer, sondern ein Angebot zur Mitarbeit und zur Mitverantwortung.

Leider müsse man nicht nur bei Betriebsschliessungen feststellen, wie leichtfertig man in der freien Marktwirtschaft mit dem Schicksal der Arbeitnehmer spiele, fuhr Willi Ritschard fort. Da gebe es das schwierige Problem der Inflation. Man spreche von einem "Gespenst" der Inflation und wolle sich damit einreden, dass die Inflation vom Menschen ebensowenig beeinflusst werden könne wie ein Gespenst. Das sei gefährlich. Die Inflation sei von Menschen gemacht und könne und müsse auch von Menschen und nicht von irgendeinem Zufall beseitigt werden. Die Wissenschaft aber sei da ziemlich ratlos und biete in ihrer Ratlosigkeit alte Rezepte an.

Eines davon heisse Arbeitslosigkeit. Stabilität und Vollbeschäftigung vertrügen sich nicht, heisse es. Hier höre der wissenschaftliche Spass jedoch auf. Ritschard wörtlich: "Wer mit Arbeitslosigkeit tändelt, ist verantwortungslos. Arbeitslosigkeit heisst Armut. Unserem Wirtschaftssystem müsste ein schlechtes Zeugnis ausgestellt werden, wenn es nur durch Armut erhalten werden könnte."

Uebrigens bewiesen gerade jetzt die Vereinigten Staaten, dass diese Theorie nicht stimme. Trotz über fünf Millionen Arbeitslosen sei die Teuerung um über zehn Punkte angestiegen. Er gebe zu, auch er habe kein Rezept, wie man der Inflation beikommen könne. Sehr wahrscheinlich bleibe vorerst nichts anderes übrig, als dass jeder mal bei sich selbst beginne. Für die Bewältigung der vielen Probleme gebe es im übrigen für die Arbeiterschaft nur eines: Zusammenstehen, Schulter-schluss und starke Gewerkschaften als das Mittel für dieses Zusammenstehen und Sichdurchsetzen.

Mit grosser Aufmerksamkeit folgten die 63 stimmberechtigten Delegierten und etwas über hundert Gäste aus dem In- und Ausland auch den Ausführungen von SGB-Sekretär Fritz Leuthy, der einen Ueberblick gab über die Entwicklungen im Bereich der Sozialversicherungen. Jeder Zweig unseres Systems der sozialen Sicherheit sei heute in Revision, sagte Leuthy. Alles sei im Fluss, von der AHV/IV über die betriebliche Vorsorge, die Kranken- und Unfallversicherung bis zur Arbeitslosenversicherung. Namentlich forderte Leuthy die Delegierten auf, am 8. Dezember in der Volksabstimmung der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Krankenversicherungsinitiative zuzustimmen und den Gegenvorschlag des Parlamentes abzulehnen. Nur die Initiative für eine soziale Krankenversicherung bringe einen umfassenden kollektiven Schutz und gerechte Prämien.

Bestand der ausländischen Arbeitskräfte Ende August 1974

Starker Rückgang bei den Saisonarbeitern - mehr Grenzgänger

(Mitg.) Die Ergebnisse der Augusterhebung zeigen, dass die Gesamtzahl der erwerbstätigen Niedergelassenen und Jahresaufenthalter im Vergleich zum Bestand vor Jahresfrist um 856 oder um 0,1 Prozent abgenommen hat. Dabei sind die in der Berichtsperiode vorgenommenen Umwandlungen von unechten Saisonarbeitern in Jahresaufenthalter mitberücksichtigt. Im einzelnen ist festzustellen, dass die Zahl der erwerbstätigen Jahresaufenthalter sich gegenüber August 1973 von 322'513 um 33'938 auf 288'575 vermindert hat. Der Bestand der erwerbstätigen Niedergelassenen (d.h. Ausländer mit in der Regel mehr als 10 Jahren ununterbrochenem Aufenthalt in der Schweiz) hat im gleichen Zeitraum von 276'568 um 33'083 auf 309'650 zugenommen.

	August			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozenten	
	1972	1973	1974	1973	1974
Niedergelassene	242'373	276'568	309'650	+ 14,1	+ 12,0
Jahresaufenthalter	355'150	322'513	288'575	- 9,2	- 10,5
Total	597'523	599'081	598'225	+ 0,3	- 0,1

Ein starker Rückgang ist bei den Saisonarbeitern festzustellen. Ende August 1974 wurden 151'962 Saisonarbeiter gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Saisonarbeiter um 41'804 oder um 21,6 Prozent abgenommen.

	August			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozenten	
	1972	1973	1974	1973	1974
Saisonarbeiter	196'632	193'766	151'962	- 1,5	- 21,6

Die Zahl der Grenzgänger schliesslich hat in der Berichtsperiode von 104'573 um 6,0 Prozent auf 110'809 zugenommen. Diese Erhöhung fällt überfremdungsmässig weniger ins Gewicht, da die Grenzgänger nur in der Schweiz arbeiten, jedoch im Ausland wohnen.

	August			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozenten	
	1972	1973	1974	1973	1974
Grenzgänger	97'203	104'573	110'809	+ 7,6	+ 6,0

Die Massnahmen zur Stabilisierung des Ausländerbestandes haben bewirkt, dass die Gesamtzahl der erwerbstätigen Niedergelassenen und Jahresaufenthalter nach wie vor stabil gehalten werden konnte. Die Massnahmen zur Dämpfung der Ueberkonjunktur sowie eine merkliche Abschwächung der Bautätigkeit und des Fremdenverkehrs führten ihrerseits zu einer deutlichen Rückbildung der Zahl der Saisonarbeiter. Dabei ist zu beachten, dass die Auswirkungen der neuen Verordnung des Bundesrates, die am 1. August 1974 in Kraft getreten ist, in den Zahlen der Augusterhebung noch nicht zum Ausdruck kommen.

gk

Kapitalistenrezept:

Mitdenken statt mitbestimmen!

(gk) Ganz- und breitseitig geht es jetzt in den Zeitungen gegen die Mitbestimmung los. Durch bezahlte Inserate. Die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), einer der Grossen im nationalen und internationalen Geldscheffeln, eröffnete den Reigen. Die SKA sieht babylonische Zeiten kommen. Wegen einer allfälligen Mitbestimmung. Und verleugnet dabei, dass schon heute, ohne die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen, die Wirtschaft alles andere als unbabylonisch ist.

Das Einheitsrezept der Kreditanstalt für die Meisterung der Zukunft heisst: vor allem Mitdenken. Wir denken für die SKA weiter: den Entscheid darüber, was mit deinem Mitdenken geschieht, überlasse ruhig uns. Denkst du richtig, bekommst du vielleicht von uns noch etwas Geld dafür. So wäre dann die Zukunft zweifellos gemeistert. Ganz im SKA-Sinn.

Hätten die Kreditanstaltsmenschen sich etwas mehr im Selbstdenken geübt, bevor sie öffentlich über das Mitdenken sinnierten, so wäre ihnen in den Sinn gekommen, wie schnell einem Menschen das Mitdenken verleiden kann, wenn sein Mitdenken entweder keine Früchte trägt oder aber der dicke Rahm seiner Denkarbeit von andern abgeschöpft wird. Anschauungsunterricht bieten zum Beispiel Vergleiche darüber, was ein Vorschlag dem vorschlagenden Arbeiter einträgt und was derselbe Vorschlag gelegentlich der Firma einbringt.

Mitdenken, ohne mitbestimmen zu können, ist nicht nur wenig einträglich, sondern auch äusserst ermüdend, nervenaufreibend und macht hässig. Schon aus diesem Grunde pflegt es vernachlässigt zu werden.

Für einmal aber sind wir der SKA-Forderung zum Mitdenken, ohne in der betreffenden Sache das Verhalten mitentscheiden zu können, nachgekommen und haben über die Frage im genannten ganzseitigen Inserat nachgedacht, die die SKA so stellt: "Wundern Sie sich, warum wir als Bankiers der hochgespielten Forderung nach Mitbestimmung skeptisch gegenüberstehen?" Unsere Antwort: "Nein, wir wundern uns nicht!"

Arnold Isler

Auf dem Index

Skandalöse Vorgänge um einen Quellenband zur Geschichte der Arbeiterbewegung

(R.W.) Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung gehört kaum zu den bevorzugten Objekten akademischer Lehre und Forschung. Zwar sind nach längeren Zeiten der Dürre in den letzten Jahren wieder vermehrt sozialhistorische Dissertationen erschienen. Einen besonderen Lehrstuhl für das Fach gibt es aber nicht. In Zürich existiert eine gegenwärtig rund vierzig aktive Mitarbeiter umfassende nicht-universitäts-offizielle Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie trat bis jetzt vor allem als Anregerin und Mitorganisatorin eines Zürcher Gast-Seminars des bekannten Historiographen der II. Internationale, Prof. Dr. Georges Haupt von der Pariser Sorbonne, mit Publikationen in bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen und als Mitarbeiterin der in mehreren Schweizer Städten mit Erfolg gezeigten Ausstellung zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterschaft hervor. Aufgrund des wertvollen Kataloges zu dieser Ausstellung trat der - inzwischen nun gekündigte - Leiter des gutbürgerlichen Verlages Huber & Co. AG, Frauenfeld, an die Gruppe heran, um sie zur Zusammenstellung eines kommentierten Dokumentarbands über die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung zu veranlassen. Manuskript und Dokumententeil wurden nach monatelanger Kollektivarbeit fristgerecht eingereicht, angenommen, gesetzt, umbrochen; ein Verlagsprospekt flatterte hinaus, Bestellungen trafen ein... Nur, der Verlagsprospekt kam auch in die Hände von zwei Zürcher Geschichtsprofessoren, denen man zwar keine Spezialstudien in Zeitgeschichte und vor allem keine besonderen Kenntnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung, wohl aber einen soliden Hass gegen nichtoffizielle und gar Linksideologie-verdächtige Aktivitäten von Studenten, Assistenten und Doktoren nachweisen kann. Beide hatten sie allerdings das Buch nicht gelesen, was sie nicht hinderte, den einen, die Absichten der Verfasser in einem überaus polemischen und von Ungenauigkeiten strotzenden Artikel zu verdächtigen, den andern, beim damaligen Verwaltungsratspräsidenten des Huber-Verlages, einem rechtsfreisinnigen alt Nationalrat und Geschäftsadvokaten, zu intervenieren. Mit Erfolg: Der Vertrag wurde gebrochen, der (sozialdemokratische) Verlagsleiter geschasst. Und die Geschichte geht weiter; inzwischen ist Ähnliches auch mit einem zweiten Verlag passiert, der das Buch herausbringen wollte. Weiter geht aber bestimmt auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Erforschung und Darstellung. Und hoffentlich auch der Bewusstseinsbildungs-Prozess bei einem wachsenden Teil junger Intellektueller.

Wenn die Vertreter der Arbeitsgruppe an ihrer Pressekonferenz von vergangener Woche (vielleicht aus taktischen Gründen) die reichlich skandalösen Vorgänge um diesen Dokumentenband ziemlich losgelöst von der allgemeinen gesellschaftlichen Situation darstellten, so müssen wir sie als Teil der Repressionsmassnahmen des schweizerischen Rechtsbürgertums verstehen, das sein Machtmonopol mit Hörnern und Klauen verteidigt. Gerade auch die weitgehende Macht auf dem Gebiete der Information. Denn Gegeninformation könnte zu Mitsprache und Mitbestimmung (nicht nur im universitären Bereich) und schliesslich zu Gegenmacht führen. Doch wie erwähnt: Die Geschichte geht weiter!

Kapitäne der Strasse und Gewerkschaft

(jm) "Viele Chauffeure müssen heute erkennen, dass ihre Interessen ohne Rückendeckung der Gewerkschaft nicht mehr zu wahren sind", erklärte Erich Gygax, Zentralpräsident des Verbandes der Arbeitnehmer in Handels-, Transport- und Lebensmittelbetrieben der Schweiz (VHTL) an einer Chauffeur-Tagung in Lenzburg.

Im Zentrum der Tagung stand die Chauffeurverordnung, worüber VHTL-Sekretär Peter Küng orientierte. In einer gemeinsamen Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und des VHTL sowie des Treuhandverbandes des Autotransportgewerbes an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement wird die Revision verschiedener Artikel betreffend die Arbeits- und Ruhezeit verlangt. Eine Arbeitszeitverkürzung und bessere Ueberzeitregelung dränge sich nicht zuletzt auch aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Wettbewerbs mit dem öffentlichen Verkehr auf, sagte Küng. Angestrebt wird eine gesetzliche Höchstgrenze von 46 Stunden pro Woche für Berufschauffeure. Kürzere Arbeitszeiten sind via Gesamtarbeitsvertrag durchzusetzen.

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung fordern die gewerkschaftlich organisierten Berufschauffeure die unverzügliche Revision der Chauffeurverordnung inbezug auf die Höchstarbeitszeit, treten ein für den gezielten und notwendigen Weiterausbau des Nationalstrassennetzes und der Umfahrungsstrassen, befürworten den Schutz der Wohnquartiere vor den Immissionen des Strassenverkehrs und geben ihrer Besorgnis über die Erhöhung der Zollzuschläge auf Treibstoff Ausdruck.

Unter Beizug prominenter Referenten wurden eine Reihe weiterer Fragen behandelt. Nationalrat Alois Hürlimann, Präsident der eidg. Kommission Gesamtverkehrskonzeption, referierte über die umfangreiche Tätigkeit dieses Gremiums. Unter Hinweis auf verschiedene Stimmen, die einen Stop des Nationalstrassenbaus fordern, gab Hürlimann zu verstehen, dass nicht daran gedacht werde, vom geplanten Nationalstrassennetz abzuweichen. Oberst Simmen, Kommandant der Kantonspolizei Aargau, rief die Verkehrsvorschriften in Erinnerung. Mit der Entwicklung des Strassenverkehrs, sagte er, werde es unerlässlich, die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Verkehrsteilnehmers durch eine Fülle von Vorschriften zu begrenzen, um den andern ein Mindestmass an Sicherheit zu gewährleisten. Er warnte allerdings vor einer Ueberspitzung der Rechtsregelung: "Sie muss vom Verkehrsteilnehmer auch noch geistig verdaut werden können und Gewähr bieten, seitens der Kontrollorgane durchgesetzt zu werden." Oblt. Hofmann von der aargauischen Kantonspolizei orientierte über die Sondervorschriften für den Lastwagenverkehr. Besonders verwies er auf die zahlreicher gewordenen Geschwindigkeitsübertretungen schwerer Lastwagen und Lastenzüge, die mitunter verheerende Folgen nach sich ziehen. Zum Thema Chauffeurlehre sprach Ad. Frey, Präsident der aargauischen Prüfungskommission. Die Entwicklung im Strassenverkehr rechtfertige die Ausbildung des Chauffeurs mehr denn je. Wenn sich diese Erkenntnis auch nur zögernd durchsetze, so sei heute doch ein zunehmendes Interesse am Antritt einer Chauffeurlehre festzustellen, und bereits sei es ein Problem, genügend geeignete Lehrstellen zu finden. H.K. Bender, Direktor der Altstadt-Versicherung, ging auf Versicherungsfragen ein. Er wies nach, wie namentlich aufgrund der Geschwindigkeitslimiten in jüngster

Zeit die Unfallzahl gesenkt und die Opfer an Leib und Leben vermindert werden konnten. Dies ermögliche in Teilbereichen eine Herabsetzung der Versicherungsprämien.

Der gute Besuch der Tagung - 350 Kapitäne der Strasse aus der Deutschschweiz waren anwesend - wie auch das rege Mitmachen zeigten, dass der Gewerkschaftsgedanke auch am Volant der Taxis, Lieferwagen und schweren Brummer nicht erloschen ist.

gk

Zürcher Lithographen wollen leitungsfähigen Streikfonds

Entrüstung bei den Lithographen

Eine wesentliche Erhöhung des Streikfonds durch ausserordentliche Beiträge beantragt die Lithographia Zürich, die grösste Sektion des Schweizerischen Lithographenbundes, als Sofortmassnahme.

In einer Resolution wird mit Entrüstung zur Kenntnis genommen, dass die Lithographiebesitzer das Ergebnis der Vertragsverhandlungen abgelehnt haben. Die Sektion Zürich ersucht deshalb den Zentralvorstand des Lithographenbundes, Massnahmen auszuarbeiten, "welche den Arbeitgebern deutlich beweisen, dass wir nicht kampflös auf Vertragsverbesserungen verzichten".

gk

Satus 100 Jahre jung und aktiv

(A.S.) Hatte das Satus-Verbandsfest vom vergangenen Sommer in Bern mit 8'500 Teilnehmern, die sich in verschiedenen sportlichen Disziplinen im Wettkampf massen, schon den Beweis erbracht, dass der Satus, der Schweizerische Arbeiter- Turn- und Sportverband, an seinem hundertsten Geburtstag jung und aktiv ist, so wurde an der eigentlichen Jubiläumsfeier vom 26. Oktober in Zürich von verschiedenen Seiten bestätigt, dass dieser Sportverband als ein wichtiges Glied der schweizerischen Arbeiterbewegung mit Vertrauen und Zuversicht ins zweite Jahrhundert eintreten darf.

Im grossen Tonhallsaal konnte Satuszentralpräsident Ernst Weber eine grosse Festgemeinde mit viel Prominenz begrüssen. In der vorausgegangenen Pressekonferenz hatte er sich mit dem Entstehen und der Aufgabe des Satus befasst, die er darin sieht, der erwerbstätigen Bevölkerung in den verschiedensten Sportarten eine Betätigungsmöglichkeit zu bieten, die auf die Erhaltung und Förderung der Gesundheit ausgerichtet ist, daneben aber auch eine sinnvolle und vergnügliche Freizeitgestaltung beinhaltet. Der Satus musste zeitweise einen beschwerlichen Weg zurücklegen, wurde von verschiedenen Seiten stark angefeindet, aber auch hier gab es immer wieder wie in der gesamten Arbeiterbewegung Funktionäre, Vertrauensleute und Mitglieder, die treu zur Sache standen, so dass alle Hindernisse überwunden werden konnten. Heute ist der Satus ein allgemein anerkannter und geschätzter Bestandteil der schweizerischen Sportbewegung.

Das kam auch in der Festansprache von Bundesrat Willi Ritschard zum Ausdruck, der dem Satus zu seinem Jubiläum des hundertjährigen Bestehens die Glückwünsche der Landesregierung überbrachte. Er trat anschliessend in mehr grundsätzlicher Art auf Erscheinungen des modernen Sportbetriebes ein, die man nicht gutheissen kann. Er erklärte, dass hier ein sinnvolles Spiel mehr und mehr zum sinnlosen Ernst umfunktioniert wird und dass man aus jungen Menschen nicht gesunde Menschen, sondern gerissene, mit allen Wassern gewaschene Geschäftsleute macht. Wenn von Auswüchsen des Sportes gesprochen werde, denke man vor allem an den Professionalismus, aber ähnliches sei auch im Amateursport möglich. Ritschard erklärte, er freue sich, wenn nach einem Wettkampf einem Schweizer eine Medaille an den Hals gehängt werde, und er sei kein Gegner von Wettkämpfen. Er fürchte sich aber davor, wenn dem Sieg alles geopfert werde, die Gesundheit und jede freie Minute. Im Satus hingegen werde der Sport nicht einfach als Selbstzweck betrieben, man sei hier auch der Arbeiterbewegung verpflichtet und erfülle neben der Förderung der Leibesübungen in breiten Volkskreisen auch eine kulturelle Aufgabe. Für beides danke er dem Verband, dem er alles Gute für die Zukunft wünsche.

In der Reihe der Gratulanten überbrachte der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Kollege Ezio Canonica, die Grüsse der gewerkschaftlichen Dachorganisation und ihrer Verbände. Er betonte, dass zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und dem Satus seit jeher enge Beziehungen bestanden haben, ja dass man sagen könne, dass beide der gleichen Quelle entstammen. Rückblickend dürfe man mit Genugtuung feststellen, dass der Satus die gemeinsamen Ziele der Arbeiterbewegung stets hochgehalten und auch in stürmischen Zeiten aktiv unterstützt habe. Viele aktive Politiker und Gewerkschafter

seien mindestens während eines Teils ihres Lebens auch aktive Sportler gewesen und hätten in diesem Kreis das starke Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den verschiedenen Säulen der Arbeiterbewegung in sich aufgenommen. Canonica unterstrich, dass der Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände immer wieder auf die Unterstützung des Satus angewiesen sind. Wenn sich beispielsweise die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen, dann sei es der Satus, der mit seiner Tätigkeit zu einer sinnvollen Gestaltung der Freizeit beitrage. Nachdem Kollege Canonica einige die Lohnverdiener und damit auch die Mitglieder des Satus stark berührende aktuelle Fragen gestreift hatte, stellte er abschliessend fest, dass sich der Satus nicht nur für die Verbreitung des Volkssportes einsetzt, sondern auch am Erreichen gemeinsamer Ziele mitarbeitet, wofür ihm der Dank des Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Verbände gebühre.

Der Festakt wurde auf sinnige Weise eingerahmt durch Vorträge des Jugendorchesters Zürich unter Leitung von Georges Scherrer und Recitationen von Diplomschülern der Schauspielakademie über Sport aus der alten griechischen und römischen Literatur.

Der abendliche Satus-Sportball, worauf hier nicht besonders einzutreten ist, beschloss die würdige Jubiläumsfeier. Hingegen ist das vorangegangene Bühnenprogramm hervorzuheben, das hauptsächlich von eigenen Kräften, von Kindern, Frauen und Männern aus Satussektionen bestritten wurde. Die hochstehenden Darbietungen vermochten die Festgemeinde hell zu begeistern.

gk

Mitgliederrekord in Oesterreich

(gk) Ueber 1,5 Millionen Mitglieder haben mittlerweile die 16 Einzelgewerkschaften des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes (OeGB). Das geht aus der jetzt erschienenen Mitgliederstatistik 1973 hervor. Von den insgesamt 2,6 Millionen Beschäftigten in Oesterreich sind damit fast 58 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Der bisherige Spitzenstand vom Jahre 1966 wurde um 17'000 überschritten.

Weiterhin die stärkste Fachgewerkschaft im OeGB sind die Metall- und Bergarbeiter mit 285'000 Mitgliedern, gefolgt von den Privatangestellten (280'000) und den Bau- und Holzarbeitern (201'000). Elf der 16 Einzelgewerkschaften melden einen Mitgliederzuwachs, an der Spitze die öffentlich Bediensteten mit plus 8'200 (5,9 Prozent), dann Handel, Transport und Verkehr mit plus 800 (5,9 Prozent) und die Privatangestellten mit plus 7'400 (2,7 Prozent). Den grössten Abgang hatten die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft mit minus 3'300 (11,1 Prozent), was auf die Strukturveränderungen in diesem Bereich zurückzuführen ist.

Welt der Arbeit